

# Sitzungsniederschrift

## 10. Sitzung des Ausschusses für Raumordnung, Umwelt und Klimaschutz

Sitzungsort: <b>Kreishaus Aurich, Sitzungssaal 1.105, Fischteichweg 7 - 13, 26603 Aurich</b>		
Sitzungsdatum: <b>12.09.2023</b>	Sitzungsbeginn: <b>15:00 Uhr</b>	Sitzungsende: <b>17:11 Uhr</b>

Mitglieder / Anwesende	Fraktion / Gruppe	Funktion Anmerkung
<b>Mitglieder</b>		
Albrecht, Hinrich	SPD	
Bargmann, Bodo	CDU/FDP	Vertretung für Herrn Uwe Harms
Behrends, Kuno	SPD	<b>Vertretung Vorsitz</b> / Vertretung für Frau Dorothea van Gerpen
de Buhr, Jürgen	SPD	Vertretung für Frau Angela Harm-Rehrmann
Fohrden, Siebelt	CDU/FDP	Vertretung für Herrn Jann Ennen
Gossel, Arnold	CDU/FDP	Vertretung für Herrn Friedhelm Jelken
Kleen, Johannes	SPD	
Krüger, Detlev	FW im Landkreis Aurich	Vertretung für Herrn Matthias Trauernicht
Reinken, Wilhelm	FW im Landkreis Aurich	Vertretung für Herrn Edgar Weiss
Seeberg, Timo	SPD	
Stange, Axel	SPD	
Trauernicht, Hinrich	SPD	Vertretung für Herrn Georg Saathoff
Wittmer-Kruse, Olaf	GRÜNE	
<b>Grundmandat</b>		
Looden, Jan	AfD	
<b>Beratende Mitglieder</b>		
Runge, Rolf		Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)
<b>Verwaltung</b>		
Ahten, Eiko		Baudezernent

Campen, Jann

de Vries, Ingo

Klimamanagement

Vogel, Judith

Wiemers, Nadine

Protokollführerin

**Nicht anwesend:**

**Vorsitz**

Trauernicht, Matthias

FW im Landkreis  
Aurich

**Mitglieder**

Buschmann, Saskia

CDU/FDP

Ennen, Jann

CDU/FDP

Gerpen, Dorothea van

SPD

Harm-Rehrmann, Angela

SPD

Harms, Uwe

CDU/FDP

Jelken, Friedhelm

CDU/FDP

Odens, Roelf

CDU/FDP

Saathoff, Georg

SPD

Weiss, Edgar

FW im Landkreis  
Aurich

**Beratende Mitglieder**

Dirks, Hinrich

Landwirtschaftskammer Nieder-  
sachsen (LWK)

Noosten, Carl

Landwirtschaftlicher Hauptverein  
für Ostfriesland e.V. (LHV)

Steven, Michael

Naturschutzbund Deutschland  
(NABU)

**Tagesordnung**

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 21.06.2023
5. Einwohnerfragestunde
6. Mobilitätskonzept für den Landkreis Aurich (Mobilitätswerk Dresden, Herr Kirchner)
7. Energiemanagement in den Liegenschaften des Landkreises / Energiebereiche nach NKlimaG (energielenker, Herr Eling)



- |     |   |
|-----|---|
| 8.  | Bericht des Klimamanagements über weitere Aktivitäten und Projekte im Bereich Klimaschutz   |
| 9.  | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06.06.2023; Der Landkreis soll auf die Verwendung von Torf verzichten und torffreie Alternativen nutzen und fördern<br>Vorlage: X-AF/2023/026 |
| 10. | Antrag der Fraktion SPD vom 17.07.2023; Sachstandsanfrage zur Erstellung eines Wohnraumversorgungskonzeptes und den notwendigen Finanzmitteln<br>Vorlage: X-AF/2023/027                     |
| 11. | Vorstellung und Sachstandsbericht zu Sanierung der Kreisstraßen   |
| 12. | Ernennung von Landschaftswartern zur Betreuung des Landschaftsschutzgebietes „Großes Meer“ sowie zur Wespenberatung<br>Vorlage: X/2023/097  |
| 13. | Verschiedenes, Wünsche und Anregungen   |
| 14. | Einwohnerfragestunde  |
| 15. | Schließung der Sitzung  |
- 

### Öffentlicher Teil:

#### **TOP 1**      Eröffnung der Sitzung

Aufgrund Abwesenheit des Ausschussvorsitzenden sowie seines Stellvertreters eröffnet gem. § 4 Abs. 2 der Geschäftsordnung **Abg. H. Trauernicht** die Sitzung um 15 Uhr. Er schlägt vor, **Abg. K. Behrends** als Vorsitzvertretung zu ernennen und eröffnet die Abstimmung.

**Abg. Behrends** (im Folgenden: der Vorsitzende) wird einstimmig als Ausschussvorsitzender ernannt. **Abg. Behrends** nimmt die Wahl an.

**Der Vorsitzende** begrüßt die Mitglieder des Ausschusses für Raumordnung, Umwelt und Klimaschutz, Herrn Landrat Meinen, die Vertreter\*innen der Presse, sowie alle Anwesenden.

---

#### **TOP 2**      Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

**Der Vorsitzende** stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

---

#### **TOP 3**      Feststellung der Tagesordnung

**Der Vorsitzende** führt aus, dass TOP 11 nicht in dieser Sitzung behandelt, sondern in die nächste Ausschusssitzung vertagt wird. Weiter stellt der Vorsitzende die Tagesordnung mit der Zustimmung der Ausschussmitglieder fest.



**TOP 4      Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 21.06.2023**

**Der Vorsitzende** lässt über die Sitzungsniederschrift vom 21.06.2023 abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 8      Nein-Stimmen: 0      Enthaltungen: 4  
➔ **zugestimmt**

Der Niederschrift wird mit acht Ja-Stimmen bei vier Enthaltungen zugestimmt.

---

**TOP 5      Einwohnerfragestunde**

Es sind keine Einwohner\*innen anwesend.

---

**TOP 6      Mobilitätskonzept für den Landkreis Aurich (Mobilitätswerk Dresden, Herr Kirchner)**

**Abg. Wittmer-Kruse** erscheint um 15:08 Uhr zur Sitzung.

**Klimamanager de Vries** führt in die Thematik ein und schildert, dass die fossile Mobilität eine der hauptsächlichen Ursachen für den Klimawandel darstelle. Zum Zwecke der Schadstoffeinschränkung habe sich der Landkreis Aurich dazu entschlossen, ein Mobilitätskonzept für den Landkreis zu erstellen. Dieses Konzept koste rund 100.000 Euro, von denen 80 % gefördert und 20 % Eigenkostenanteil seien. Nach erfolgter Ausschreibung sei die Mobilitätswerk GmbH mit der Konzepterstellung beauftragt worden, die Untersuchungsarbeiten seien daraufhin vor ca. 6-8 Wochen gestartet.

**Herr Kirchner** von der Mobilitätswerk GmbH stellt das Projekt anhand einer Power-Point-Präsentation vor [siehe Anlage 1].

**Der Vorsitzende** dankt für den Vortrag und eröffnet die Fragerunde.

**Abg. Bargmann** fragt, inwieweit die Städte und Gemeinden in die Konzepterstellung eingebunden seien, ob die Machbarkeitsstudie zur Reaktivierung der Auricher Bahnstrecke bei der Planung berücksichtigt werde und ob das Angebot des Anrufbusses im Bereich der Stadt Aurich bekannt sei.

**Herr Kirchner** schildert, dass Kontakt zwischen Klimamanager de Vries und den Klimaschutzmanagern der Städte und Gemeinden bestehe. Die Machbarkeitsstudie zur Bahnstreckenreaktivierung werde betrachtet und finde langfristig auch Berücksichtigung in den Ergebnissen. Auch das Angebot des Anrufbusses werde in dem Konzept behandelt und untersucht.

**Klimamanager de Vries** ergänzt, dass regelmäßige Treffen mit den Klimaschutzverantwortlichen der einzelnen Kommunen stattfänden und eine Beteiligung dieser selbstverständlich erfolge.



**Abg. Bargmann** führt aus, dass die präsentierten Daten zum Teil vor Ort erhoben, einige Daten jedoch aus anderen Bereichen auf den Landkreis Aurich übertragen worden seien. Fraglich sei, wie das wichtige Instrument der Datenerhebung in der Praxis aussehe.

**Herr Kirchner** erläutert, dass Pendlerdaten von der Bundesagentur für Arbeit angekauft und räumlich ausgewertet würden, während Daten zur Elektromobilität oder zum ÖPNV online abgerufen werden könnten. Aus Zensusdaten ließen sich zudem die Siedlungsgebiete im Landkreis auswerten und daraus mittlere Entfernungen berechnen. Nicht landkreisspezifisch vorliegende Daten, wie z.B. zu Mobilitätsverhalten, müssten hingegen über neue Studien erhoben werden.

**Abg. Wittmer-Kruse** merkt an, dass die Bundesagentur für Arbeit nur Daten zwischen Arbeitnehmer\*innen und Wohnorten verknüpfe. Andere Daten wie bspw. Schulpendelverkehr, Einkaufsverhalten oder medizinische Versorgung seien nicht vorhanden. Hier könne möglicherweise die Firma Google aushelfen. Weiterhin nehme der batterieelektrische Fahrradverkehr zu, sodass die Angabe an üblichen Radwegen von 1-3 km zu kurz bewertet sein könnte. Fraglich sei, ob Studien der VEJ bezüglich des Busverkehrs berücksichtigt und mit Daten unterstützt werden.

**Klimamanager de Vries** bejaht, dass alle dem Landkreis relevanten Daten weitergegeben worden seien.

Weiter schildert **Abg. Wittmer-Kruse**, dass sich die Verkehrsstrukturen aufgrund des geplanten Zentralklinikums in Georgsheil in Zukunft ändern würden und fragt, inwiefern dies in zukünftigen Planungen berücksichtigt werde.

**Herr Kirchner** gibt an, dass Verkehrsdaten im Rahmen von u.a. medizinischer Versorgung, Kultur-, Schul- oder Tourismuseinrichtungen bereits erörtert und mit Einzugsbereichen abgeglichen worden seien. Bezüglich der steigenden Elektrifizierung des Radverkehrs stimme Herr Kirchner zu, dass sich die Entfernungsklassen zukünftig erhöhen und erklärt, dass dies entsprechend berücksichtigt werde. Das ÖPNV-Angebot in Bezug auf das Zentralklinikum werde noch nicht vollständig in der Planung erörtert, da eine Novellierung des Nahverkehrsplanes noch ausstehe.

**Abg. Looden** führt aus, dass im Rahmen der Ladestrukturen die öffentlichen Ladestellen besprochen worden seien. Fraglich sei, inwieweit der Landkreis mit privaten Ladestationen (Wallboxen) ausgestattet sei.

**Herr Kirchner** schildert, dass sich derartige Informationen aus den Zensusdaten ableiten ließen und entsprechend berücksichtigt würden. Zwar verringere sich der Bedarf an öffentlichen Ladepunkten in Bereichen mit vielen privaten Ladepunkten, doch seien gerade in den Küstenbereichen aufgrund des Tourismus ausreichende öffentliche Ladepunkte unabdingbar.

**Abg. Wittmer-Kruse** fragt, inwiefern geplant oder durchsetzbar sei, Ladesäulen privater Betreiber mithilfe entsprechender Zählerausstattung für die öffentliche Nutzung mit einzubeziehen.

**Klimamanager de Vries** erwidert, dass er diese Thematik in einer Präsentation unter TOP 8 auffasse.



**TOP 7**      **Energiemanagement in den Liegenschaften des Landkreises / Energieberichte nach NKlimaG (energielenker, Herr Eling)**

**Klimamanager de Vries** führt in die Thematik ein und stellt **Herrn Eling** von der Energielenker Management GmbH & Co. KG vor. Das Büro habe den Auftrag erhalten, die kreiseigenen Liegenschaften mit einem Energiemanagement auszustatten. Dies beinhalte u.a. ein Zählermonitoring sowie den Aufbau einer Netzinfrastruktur mit dem Ziel, Energie einzusparen.

**Herr Eling** stellt das Monitoring-Projekt anhand einer PowerPoint-Präsentation vor [siehe Anlage 3].

**Abg. Bargmann** fragt, wie bei 21 Liegenschaften über 130 Messpunkte zustande kommen.

**Herr Eling** und **Klimamanager de Vries** erklären, dass die Messpunkte zum einen nach Strom-, Gas- und Wasserzählern aufgeteilt worden seien, darüber hinaus verfügen größere Liegenschaften, wie beispielsweise die Schulen, über mehrere Gebäude mit jeweils eigenen Zählern. Des Weiteren solle das Messpunkt-Monitoring aufzeigen, wo unverhältnismäßige Verbräuche vorlägen, um so Problembereiche zu identifizieren. Die Ziele lägen so in der Einsparung von Ressourcen und der Überwachung der Effektivität von Sanierungsmaßnahmen.

**Herr Runge** schildert, dass in der Vergangenheit versucht worden sei, Schulkindern und Lehrenden umweltbewusstes Nutzerverhalten nahezu legen. Damals hätten keine Daten vorgelegen, doch durch das vorgestellte Monitoring wären diese nunmehr vorhanden. Herr Runge fragt, ob durch den Landkreis auch vorgesehen sei, auf sinnvolle Veränderungen im Nutzerverhalten hinzuwirken.

**Klimamanager de Vries** bejaht dies. Beabsichtigt sei, durch weitere Maßnahmen wie z.B. Anbringen von Thermostaten auf das Nutzerverhalten Einfluss zu nehmen und darüber Bewusstsein zu schaffen.

**Abg. Looden** fragt, ob der Energieverbrauch für jedes Gebäude angezeigt werden könne um festzustellen, welches Gebäude sanierungsbedürftig sei.

**Baudezernent Ahten** bestätigt, dass dies eines der wesentlichen Punkte des Monitorings sei.

**Abg. Bargmann** führt aus, dass kreiseigene Gebäude mit Photovoltaik ausgestattet werden. Fraglich sei, ob diese Zahlen erfasst und berücksichtigt werden.

**Klimamanager de Vries** merkt an, dass sich die Ausstattung kreiseigener Gebäude derzeit in der Umsetzung befinde und somit noch keine Berücksichtigung finden könne. Eine Fertigstellung ziehe aber eine Berücksichtigung nach sich. Nicht erfasst seien allerdings private, sich auf kreiseigenen Gebäuden befindliche Anlagen.

**Abg. Wittmer-Kruse** meint, dass das Nutzerverhalten von Menschen durchaus beeinflusst werden könne. So könnten z.B. in Schulen die Daten in Teilen bekanntgegeben und mit Schüler\*innen erörtert werden. Möglicherweise könne der Landkreis eine Art Challenge oder Feste für Schulen erarbeiten, um Energie und Ressourcen einzusparen.



**TOP 8**      **Bericht des Klimamanagements über weitere Aktivitäten und Projekte im Bereich Klimaschutz**

Da der Referent für den TOP 7 noch nicht anwesend ist, wird TOP 8 vorgezogen.

**Klimamanager de Vries** stellt ausgewählte Klimaschutzprojekte des Landkreises anhand einer PowerPoint-Präsentation vor [siehe Anlage 2].

**Abg. Kleen** fragt bezüglich des Ausbaus von Ladepunkten im Landkreis, wer die Kosten für die Verlegung weiterer Kabel durch den örtlichen Netzbetreiber übernehme, um die angestrebte Infrastruktur zu erlangen. Auch die Schnellladesäulen selbst kosten rund 100.000 Euro, sodass eine hohe Summe auf den Landkreis zukomme.

**Klimamanager de Vries** erklärt, dass die Hoffnung bestehe, einzelne Standorte je nach Nutzerdichte und mögliche A-Lagen und B-Lagen in Lose aufteilen zu können. Diese könnten über den Weg einer Konzessionsvergabe ausgeschrieben und möglicherweise kostenneutral oder mit geringem finanziellem Aufwand realisiert werden. Er weise jedoch darauf hin, dass bisherige Beispiele aus Verdichtungsräumen, etwa dem Großraum Braunschweig, stammen und dass eine Übertragbarkeit auf ländliche Räume zu prüfen wäre.

**Baudezernent Ahten** ergänzt, dass das vorgestellte Konzept lediglich Ansätze und noch nicht die anschließende Realisierbarkeit der beabsichtigten Maßnahmen enthalte. Wichtig sei der Verwaltung zunächst gewesen, zu überprüfen, an welchen Stellen überhaupt Ladepunktinfrastruktur benötigt werde, um die Elektromobilität langfristig attraktiver zu gestalten. Abzuwarten sei, ob Land oder Bund zukünftig Förderungen für den Ausbau bereitstellen, da es nicht Kreisaufgabe sein könne, eine gesamte Ladeinfrastruktur zu finanzieren. Auch, so ergänzt **Klimamanager de Vries**, sei nicht jede Ladestation als teure Schnellladestation geplant.

**Landrat Meinen** führt aus, dass aktuell Diskussionen über das neue Gebäudeenergiegesetz geführt würden. Insbesondere darüber, dass Zielsetzungen und Fristen aus dem Gesetz nicht erreichbar erscheinen. So sollen z.B. die Gemeinden bis Ende 2028 einen kommunalen Wärmeplan erstellen, jedoch gebe es in Deutschland nicht ausreichend Planungsbüros, um alle bundesweit knapp 4.5000 Gemeinden in kurzer Zeit mit derartigen Plänen bedienen zu können. Seines Erachtens werde in Berlin das Gefühl vermittelt, dass Beschlüsse des Bundestages unmittelbar umgesetzt seien. So sehe die Realität jedoch nicht aus; auf kommunaler Ebene sei eine Umsetzung der Beschlüsse aufgrund begrenzt zur Verfügung stehender Mittel nur sukzessive bis gar nicht möglich. Aufgrund der Schnelllebigkeit und hohen Anzahl an neuen Gesetzesvorhaben stelle es zudem mittlerweile eine Herausforderung dar, fortwährend auf dem neuesten Stand zu bleiben.

**Abg. Looden** schildert, dass die Bundesrepublik CO<sup>2</sup>-neutral werden will. Die Elektromobilität steige immens an. Gleichzeitig würden in großem Maße weitere Gaskraftwerke gebaut. Dies sei nicht nachvollziehbar. Die Abgase, die durch die Reduzierung von Verbrenner-Motoren eingespart werden, würden durch die neuen Gaskraftwerke ausgestoßen werden. Eine CO<sup>2</sup>-Reduzierung finde so insgesamt nicht statt.

**Klimamanager de Vries** stellt dar, dass sich Deutschland aktuell in einer Übergangszeit befinde. Die Gaskraftwerke würden gebraucht, um das Wegfallen der Kohlekraftwerke auszugleichen, da aktuell noch nicht ausreichend erneuerbare Energiequellen geschaf-



fen worden seien. Beabsichtigt sei, mehr erneuerbare Energien zu schaffen und gänzlich auf fossile Energiequellen zu verzichten.

**Abg. Looden** merkt an, dass Ostfriesland mehr erneuerbaren Strom erzeuge, als benötigt werde. Er befürchte, dass der Strom bei einer Erhöhung der E-Mobilität nicht ausreichen werde.

**Baudezernent Ahten** erklärt, dass aus diesem Grunde beispielsweise das Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) auf den Weg gebracht worden sei. Hiernach müsse jedes Bundesland eine bestimmte Fläche für Windenergie ausweisen; Gleiches gelte für Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen.

**Abg. Looden** ist der Ansicht, dass bezüglich der Windenergieanlagen problematisch sein könne, dass sich die Abstandsregelungen zu Naturschutzgebieten stetig durch neue Gesetze ändern.

**Baudezernent Ahten** erwidert, dass ihm kürzlich geänderte Abstandsregelungen diesbezüglich nicht bekannt seien.

Laut **Abg. Bargmann** sei ersichtlich, dass viele Prozesse von langer Dauer seien. Die Gesetzgebung sei für Klimaneutralität auf das Jahr 2045 ausgerichtet. Der Landkreis Aurich habe sich selbst 2040 als Ziel für Klimaneutralität gesetzt. Fraglich sei, ob der Landkreis dieses Ziel aufgeben habe.

**Klimamanager de Vries** bestätigt, dass das Ziel 2040 weiterhin bestehe.

**Abg. Wittmer-Kruse** führt aus, dass Untersuchungen widerlegten, dass 100 % erneuerbare Energien nicht möglich seien. Das in Rede stehende Klimaschutzprojekt könne Antworten liefern auf die Fragen, was nötig und möglich sei, um rein erneuerbare Energienutzung zu erreichen. Daher befürworte er die Beteiligung am Projekt.

---

**TOP 9**      **Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06.06.2023; Der Landkreis soll auf die Verwendung von Torf verzichten und torffreie Alternativstoffe nutzen und fördern**  
**Vorlage: X-AF/2023/026**

**Abg. Wittmer-Kruse** stellt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen anhand der Vorlage X-AF/2023/026 vor. Die Fraktion befürworte einen Verzicht auf Torf durch den Landkreis Aurich.

**Abg. Gossel** fragt, ob der Landkreis überhaupt noch Torf verwende oder verarbeite.

**Baudezernent Ahten** erklärt, ihm sei kein Bereich in der Kreisverwaltung bekannt, in dem Torf verwendet werde. Die Vermarktung von Grünkompost durch die MKW führe zudem dazu, dass weniger Torf in der Erdenindustrie eingesetzt werde.

**Abg. Wittmer-Kruse** teilt mit, dass er vor diesem Hintergrund den Antrag seiner Fraktion zurückziehe. Er betont jedoch, dass es wichtig sei, diese Tatsache nach außen zu publizieren.

**TOP 10**      **Antrag der Fraktion SPD vom 17.07.2023; Sachstandsanfrage zur Erstellung eines Wohnraumversorgungskonzeptes und den notwendigen Finanzmitteln**  
**Vorlage: X-AF/2023/027**

**Abg. Stange** stellt den Antrag der Fraktion SPD anhand der Vorlage X-AF/2023/027 vor.

**Die Leiterin des Amtes für Bauordnung, Planung und Naturschutz Vogel** stellt den Sachstand des Wohnraumversorgungskonzeptes anhand einer Power-Point-Präsentation vor [siehe Anlage 4].

**Abg. Bargmann** fragt, ob zum 30.09.2024 ein vollständiges Konzept vorgelegt werde oder ob die Vorstellung von Zwischenergebnissen geplant sei.

**Amtsleiterin Vogel** legt dar, dass die Vorstellung von Zwischenergebnissen vorgesehen sei, dies beinhalte auch eine Präsentation im Ausschuss für Raumordnung, Umwelt und Klimaschutz.

**Abg. Gossel** führt aus, dass das Wohnraumversorgungskonzept Voraussetzung sei, um von der NBank Fördergelder generieren zu können. Fraglich sei, ob die Fördergelder auch vor Fertigstellung des Konzeptes beantragt werden können.

**Amtsleiterin Vogel** erklärt, dass dies in Hinblick auf das geplante Wohnraumversorgungskonzept möglich sei und auch schon in wenigen Fällen durch Investoren in Anspruch genommen worden sei. Hierfür bedürfe es einer durch den Landkreis Aurich zu erstellenden und bei der NBank einzureichenden qualifizierten Bedarfsbestätigung. Dies stelle jedoch nur eine Übergangslösung dar und befreie nicht von der Pflicht der Konzepterstellung.

**Abg. Wittmer-Kruse** äußert positive Zustimmung seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum geplanten Konzept. Die Fraktion habe bereits 2012 nach einem Wohnraumversorgungskonzept gefragt und seither sei viel ungenutzte Zeit verstrichen. Er Sorge sich darum, dass erneut eine lange Zeit vergehen werde, bevor das Konzept fertiggestellt ist oder bis das Land Niedersachsen eine eigene Wohnungsbaugesellschaft gegründet habe. Die Zinssätze seien in letzter Zeit gestiegen und günstige Zinszeiten nicht ausgenutzt worden. Fraglich sei, ob dem Landkreis Möglichkeiten eingeräumt seien, diesen Prozess zu beschleunigen oder das Land zu animieren, die Bürger\*innen mehr zu unterstützen.

**Baudezernent Ahten** führt aus, dass ein Wohnraumversorgungskonzept bisher nicht erstellt worden sei, da keine Nachfrage nach den Produkten der NBank bestanden habe. **Amtsleiterin Vogel** ergänzt, dass das Konzept alle drei Jahre aktualisiert werden müsse. Auch jetzt, so **Baudezernent Ahten**, sei die Nachfrage eher gering. Im Wesentlichen haben die Gemeinden über die Planungshoheit die Möglichkeit, Sozialwohnraum voranzutreiben.

**Abg. Kleen** appelliert an die Abgeordneten, die Gemeinden zu sozialverträglichen Entscheidungen und Planungen zu animieren und in Ratssitzungen entsprechend tätig zu werden. Ohne Anstoß werde nichts passieren.

**Landrat Meinen** bekräftigt die bisherigen Aussagen und betont ebenfalls, wie wichtig Sozialwohnraum-Planungen durch die Gemeinden seien. Der Fokus bei der Ausweisung von neuen Baugebieten müsse stärker auf Doppel- und Mehrfamilienhäuser liegen.

---

**TOP 11**      **Vorstellung und Sachstandsbericht zu Sanierung der Kreisstraßen**

TOP 11 wird vertagt.

---

**TOP 12**      **Ernennung von Landschaftswarten zur Betreuung des Landschaftsschutzgebietes „Großes Meer“ sowie zur Wespenberatung**  
**Vorlage: X/2023/097**

Der Vorsitzende stellt die Beschlussvorlage X/2023/097 zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13      Nein-Stimmen: 0      Enthaltungen: 0  
➔ **einstimmig beschlossen**

Gemäß § 35 NNatSchG wird zur Betreuung des Landschaftsschutzgebietes „Ostfriesische Meere“ Herr Dr. Andreas Bukowski zum ehrenamtlichen Landschaftswart des Landkreises Aurich bestellt.

Zur Aufrechterhaltung der Wespenbetreuung im Landkreis Aurich werden folgende weitere Personen zu ehrenamtlichen Landschaftswart\*innen des Landkreises Aurich gem. § 35 NNatSchG bestellt: Herr Andreas Sikorski (Wiesmoor, Großefehn), Herr Thomas Wessels (Wiesmoor, Großefehn), Frau Karene Goyette Becker (Wiesmoor, Großefehn), Herr Michael Murra (Südbrookmerland, Brookmerland, Großheide), Herr Jens de Buhr (Ihlow, Südbrookmerland, Brookmerland, Großheide), Herr Dion Kreye (Ihlow, Südbrookmerland, Brookmerland, Großheide), Herr Michael Heß (Ihlow), Herr Walter Fischer (Krummhörn), Herr Stefan Jakobs (Norden, Hage, Dornum) und Herr Markus Koskowski (Norden, Hage, Dornum).

---

**TOP 13**      **Verschiedenes, Wünsche und Anregungen**

**Abg. Bargmann** bekundet sein Interesse an einer Sachstandsvorstellung zur Machbarkeitsstudie über die Reaktivierung der Auricher Bahnstrecke.

**Baudezernent Ahten** führt aus, dass ein Büro zur Studiererstellung beauftragt worden sei und mit der Erarbeitung begonnen habe. Ein erster gemeinsamer Arbeitstermin habe ebenfalls bereits stattgefunden. Sobald vorstellungswürdige Ergebnisse vorlägen, würden diese im Ausschuss vorgestellt.

**Abg. Wittmer-Kruse** fragt, ob das Deutschland-Ticket in der gesamten VEJ gelte. Angeblich habe ein Student die Auskunft erhalten, dass dies nicht so sei.



Aus den Reihen der Anwesenden lässt sich vernehmen, dass das Ticket in der gesamten VEJ gelte.

**Abg. Kleen** fragt, wann mit der Vorstellung der Prioritätenliste über die Radwege im Landkreis zu rechnen sei.

**Baudezernent Ahten** bestätigt, dass die Liste noch in diesem Jahr präsentiert werde.

---

**TOP 14**      **Einwohnerfragestunde**

Es sind keine Einwohner\*innen anwesend.

---

**TOP 15**      **Schließung der Sitzung**

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 17:11 Uhr.

---

\_\_\_\_\_  
gez. Behrends  
Vertr. Vorsitzender

\_\_\_\_\_  
gez. Wiemers  
Protokollführerin

